

Sozial-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Sozial-Zeitung“ erscheint an jedem Mittwoch nachmittags. Der monatliche Preis beträgt 2.60 Reichsmark. Bestellungen sind zu richten an den Verleger, Halle, Postfach 17. Einzelhefte: 10 Pfennige. Geschäftsvermittlung: Halle, Postfach 17. Druck: Druckerei „Sozial-Zeitung“, Halle. Verantwortlich: Dr. Hans-Joachim Grottel. Halle, Postfach 17. Telefon 2211. Verlagsort: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der getriggerte Besuch des russischen Gesandten im auswärtigen Amt bei der deutschen Regierung die einstimmig erfolgte Annahme des deutsch-russischen Vertrags durch die verfassungsmäßigen Instanzen der Sowjetunion zur Kenntnis gebracht. Eine Entscheidung der deutschen Regierung, ob der Vertrag in Deutschland erst der parlamentarischen Genehmigung unterbreitet werden soll, lag bis heute noch nicht vor.

In Madrid wurde der neue deutsch-spanische Handelsvertrag abgeschlossen. Er lautet auf unbestimmte Zeit, aber mit Kündigungsmöglichkeit nach Jahresfrist, und bedeutet inhaltlich ein weitgehendes gegenseitiges Zollentgegenkommen, doch scheinen die Schutzinteressen der spanischen Industrie besser geschützt zu sein als die des deutschen Gemüses, Obst- und Weinbaues.

Die Handelsvertragsbesprechungen mit Japan werden in fernerer Woche wieder aufgenommen. Für die am 20. beginnenden neuen Wirtschaftsverhandlungen mit Belgien wird die politische Delegation in Berlin eingetroffen.

Im Rechtsauschuß des amerikanischen Senats wurde eine Vorlage angenommen, wonach der Verwalter des ehemaligen feindlichen Eigentums angeklagt werden soll, den Eigentümern, die mit ihren beschlagnahmten Eigentümern verdienten Zinsen oder sonstigen Gewinne bis zum jährlichen Betrage von 10 000 Dollars zuzuführen zu lassen.

Die Teilnahme der sozialdemokratischen Arbeitervereine an den Festsitzungsbesprechungen der Kommunisten und der radikalen Betriebsräte gegen Flaggenergie und des Reichstages ist abgelehnt. Die Kommunisten für das Wirtschaftsamt gegen Zuther stimmen werden. Die Polizei hat für den Dienstag weitgehende Sicherungsmaßnahmen für das Berliner Regierungsviertel angeordnet, in vier kommunalistischen Versammlungen des getriggerten Tages sprachen Sozialisten.

Montag mittags fand eine Vertreterkonferenz der Großberliner Gewerkschaften statt. Die Veranstalter, werden von kommenden Sonntag ab, in Deutschland offizielle Geldumstellungen für die englischen Streitenden in Fabriken, Werkstätten und übrigen Arbeitsbetrieben aufgenommen.

In Genf hielt am Montag der Prüfungsausschuß für die Zusammenfassung des Völkerbundes seine erste Sitzung ab.

In Polen ist eine neue Regierung der Rechten unter Witos gebildet worden, die nicht die Majorität hat, aber auf wohlwollende Neutralität der britisch-nationalen Monarchistengruppe rechnet. Die Linke hat ihr schärfste Opposition angelegt.

Die Gemeindevahlen in den Orten Sudersdorf und Kraatz in dem an die Hohenstaufen abgetretenen Ostpreußen Gebiet haben in beiden Orten eine starke deutsche Mehrheit als Gesamtergebnis ergeben. Die Neuwahlen fanden statt, weil die tschechischen Parteien gegen die Resultate der im Vorjahr abgehaltenen Wahlen Einspruch erhoben hatten.

In einer Besprechung des Kassabrotkomitees mit Deutschland heißt das Pariser Journal fest, daß ein Lebensrecht des besetzten Gebietes Deutschland nicht zu erkennen ist. Die Abwehrmaßnahmen gegen Flieger über dem besetzten Gebiet: bleiben unverändert fortzubestehen. Da die Rheinlandkommission völlig autonom ist, so würden eventuelle deutsche Anträge immer erst detaillierte Verhandlungen notwendig machen. Solange die Luftstrafen außerhalb des besetzten Gebietes geführt werden können, würde die Zustimmung der Rheinlandkommission für deutsche Flüge über das besetzte deutsche Gebiet nicht erteilt werden.

Der amtliche englische Regierungsbereich über den Stand des Generalstreiks meldet Montag mittags einen weiteren Rückgang der Streikenden von 48 auf 44 Proz. Der zum Streik aufgerufenen Arbeiterschaften. 412 Eisenbahnhilfen verkehren jetzt täglich.

Heute Entscheidung über das Kabinett Luther.

Die durch die Flaggengerade zum Ausdruck geformte Regierungskrise soll heute im Reichstag zur Entscheidung kommen bei der Abstimmung über das von den Sozialdemokraten beantragte und von den Kommunisten unterstützte Wirtschaftsamt gegen Dr. Luther. Das Gesamtkabinett, einschließlich der beiden demokratischen Minister Süss und Reichard, hat sich mit dem Reichstagsrat stillschweigend erklärt.

Angesichts der außerordentlich ersten Lage, die durch eine Regierungskrise entstehen würde, und des tiefen Zweifels, den eine glatte Entscheidung für rechts oder links in der Reihen des Zentrums und der Demokraten tragen würde, ist die Stellungnahme dieser beiden Parteien bisher noch ungewiss. Auch ihre Presse spiegelt die gleiche Unsicherheit wider. Doch hofft man, der Entscheidung aus dem Wege gehen zu können, indem man statt der Teilregelung, die die Flaggengerade trifft, eine

völlige Neuorganisation der Flaggengerade

zu finden sucht, die den Flaggengeraden zwischen rechts und links ein für allemal beseitigt. So sehr diese Lösung, die ein wichtiger Schritt zur unentbehrlichen Einigung unseres Volkes sein würde, zu begrüßen wäre, so ungewiss ist, ob sie gelingen wird.

Von der Linken ist die ganz fragwürdige, aus agitatorischen, das Gesamtinteresse des Volkes und Staates missachtenden Gründen auf ein ganz falsches Gleis gefahren worden, indem sie so dargestellt wird, als handele es sich um die Frage: Republik oder Monarchie. Davon kann gar keine Rede sein, da diese Frage auch auf der Rechten in keiner Weise als aktuell angesehen wird und auch Hindenburg Brief an den Reichstagsrat dafür bürgt, daß der Reichspräsident jeden Gedanken an eine solche Entscheidung völlig von sich weist. Wir haben ganz andere, wichtigere Sorgen und Aufgaben heute, als diese Frage.

Aber die Sozialdemokratie, die ihre Anhänger an die Kommunisten zu verlieren fürchtet, glaubt die Flaggengerade aufzuheben und sehen zu müssen, hat eine friedliche Regelung der Gegenstände zu suchen und ihr offizielles Organ der „Vorwärts“, steht mit folgenden Worten zum Sturm:

„Es gibt kein Kompromiß! Die Regierung, die von „verführerischem Ausglick“ rehet, brängt

mit ihrer Propaganda die Republikaner und vor allem die republikanische Arbeiterschaft, die in den schwersten Tagen der deutschen Republik die treueste Stütze des Staates gewesen sei, in eine erbitterte Opposition.“

Hoffen wir, daß die besonnenen Elemente in der demokratischen und der Zentrumspartei sich klar darüber werden, daß ein neuer Sieg des Antisozialismus und des Volkswesens in der Arme treiben und die ganze Aufbauarbeit wieder vernichten würde, die seit der Revolution geleistet ist. Aufgehoben der Millionen Arbeitlosen wäre ein neuer Rückfall in die Revolution unverantwortlich. Und um eine neue Revolution mit all ihren verheerenden Folgen geht es, darüber lassen die Parteienentscheidungen und die gleichzeitige Spannung der Lage in England, Frankreich, Polen und die Vorbereitung der Auslands keine Zweifel. Das große Ziel der „Weltrevolution“, soll noch einmal erreicht werden, und Deutschland, auf dessen Gebiet seit jeher die blutigen Kämpfe Europas ausgefochten wurden, soll auch das Schlachtfeld der Entscheidung im Klassenkampf werden.



Genosse Scheidemann reitet die Front des Reichstagners ab.

Hindenburg in Weimar.

Gegen 12 Uhr mittags traf gestern der Reichswaude u. a. vom Staatsminister Leutheiser, Oberbürgermeister Dr. Müller und dem Kommandeur der 3. Kavalleriebrigade am Bahnhof empfangen. Der Leutheiser des Staatsministers Dr. Sattler begrüßte den Präsidenten mit einer Ansprache in gebührender Rede und überreichte einen prächtigen Kettenschnur, den der Präsident mit herzlichen Worten des Dankes annahm. Der Reichspräsident fuhr durch die nach einer bißig gebängten Menge feierlich Straßen nach dem Fürstentum, dem thüringischen Landtagsgebäude, vor dem die Generalsstudenten in „Wiss und Ausrüstung“ genommen hatte. Im Landtagsgebäude wurden dem Reichspräsidenten das Staatsministerium, die Staatskanzlei, das Präsidium des Landtags und die Praktikationsstellen vorgestellt.

Der Reichspräsident empfing hierauf eine Abordnung der Universität Jena, die ihm die Ehrenurkunde über seine Ernennung zum Ehrenbürger der Universität überreichte. Nach verschiedenen Empfängen und Besuchen fand um 6.30 Uhr nachmittags im Deutschen Nationaltheater zu Ehren des Reichspräsidenten

eine Festsitzung

statt. Nach der von Franz Ubrich inszenierten Solenne, Aufspielung aus fünf, 2. Teil, und der anschließende aus Wilhelm Tell richteten sich auf die Bühne nach der Präsidentenloge, wo Reichspräsident von Hindenburg stehend

den Reichstagsrat wiederholte: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Bürgern, in seiner Not uns trennen und Gefahr!“

Das Publikum brachte darauf dem Reichspräsidenten erneute Ovationen und lang stehend das Deutschlandlied.

Vom Theater aus fuhr der Reichspräsident um 8.30 Uhr abends zum Schloß durch eine bißig gehetzte Menschenmenge. Im großen Saal des Schlosses fand in Anwesenheit des Gesamtministeriums und der Spitze ein offizieller Begrüßungsabend statt. Staatsminister Leutheiser hielt eine außerordentlich herzliche Begrüßungsrede, aus der deutlich der Dank des Thüringer Volkes kam, daß die schlimmste Zeit der roten Herrschaft in Thüringen glücklich überwunden ist. In seiner Er-

widerung wies Hindenburg auf den hohen Wert der deutschen Kultur hin, die in Weimar ihre ganz besondere Stätte fanden und schloß in der ihm eigenen lebensvollen und verantwortungsvollen Art mit der Mahnung zur Einigkeit und einem Dank auf das Thüringer Land. Ein Festmarsch und ein Vortrag des Männerchors schloß die Feier.

Staatsautorität!

Die Zerfahrenheit der ganzen politischen Verhältnis feiert in der Laide ihre Triumphe, daß heute im Reichstag der Gelande des Reiches in Polen des Wirtschaftsamt gegen den Reichstagsrat begründet wird. Geländer David, Mitglied der sozialdemokratischen Partei, ist der Anterpunkt, daß die Entfernung des Ranglers, seines Vorgesetzten, fordert. In seinem Lande, nicht einmal im streng parlamentarisch regierten England, wäre ein ähnlicher Fall denkbar.

Das vom Rangler gegen den Oberpräsidenten von Sachsen, Hörsing, beantragte Verfahren hat Herr Hörsing schon in Magdeburg mit den Worten quittiert: „Der Luther mit mich was haben, eher wird er mit seinem ganzen Anhang fliegen.“

Schlechte Ausflüchte für Genf.

Wie der Pariser „Herold“ aus Rio de Janeiro meldet, hat der brasilianische Außenminister am Sonntag im Senatsauschuß die Antrittektion an den brasilianischen Vertreter beim Völkerbund bekanntgegeben. Danach verlangt Brasilien auch für die Herbsttagung und für die jetzt in Genf tagende Studienkommission die Zuerkennung eines unabhängigen Status gleichzeitig mit Deutschland, im anderen Falle sei der brasilianische Gelande beantragt worden, die Tagung unter Protest zu verfallen. — Bei der Unklarheit der gesamten Weltlage und bei den parlamentarischen Kräfte in fast ganz Europa wird das Völkerbundsgebäude immer wackeliger.

Der holländische Courant meldet aus Paris: Uebertragung er gen die unglücklichen Verhältnisse von dem holländischen Ministerpräsidenten Abel Arias auf die französischen und spanischen Stellungen. Die Stimmung in Paris durch die Spanier hat auch in Paris die weiteren Dispositionen beeinflusst. Man glaubt jetzt nicht mehr an ein schnelles Ende des Marokkoproblems.

Staatenhaus gegenüber Volkshaus.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Wir nähern uns einem Zeitpunkt, wo die parlamentarische Staatsmaschine zum Stillstand kommen könnte. Was wird dann? Die Parteien heben sich gegenseitig mit ihren Kräften auf. Wenn die Staatsmaschine so eingerichtet ist, daß sie ganz und gar vom Parlament abhängt und jedem leihen Hauch der Willensrichtung folgt, so ergibt sich aus der Willensschwäche des Parlaments die Ohnmacht des Staates.

Da der Staat aber ganz und gar Willens ist, — Wille der Nation — so ist überbringt ein Vakuum: ein energieloses Feld. Es erhebt sich die Gefahr, daß mit einem Male andere Energien als parlamentarische das Feld beherrschen.

Welche?

Manche von uns empfinden angesichts der Ohnmacht des Parlamentarismus nichts weiter als eine fröhliche Schadenfreude. Das ist harmlosigkeit anstelle von politischer Vernunft. Was kommt dahinter? Die Diktatur. Aber welche? Eine Diktatur, wie Ihr sie Euch denkt? Oder im Gegenteil die Antisozialität, die proletarische? Was denn das noch Schlimmere wäre: eine verheerliche Fremdberrschaft oder Selbstherrschaft. Ich fürchte, — wir haben schon die letztere.

Es ist eine gefährliche Gedankenlosigkeit von der Beurteilung des Parlamentarismus gleich überzugehen zum Aufgeben des Verfassungslebens überhaupt. Ich vergleiche das mit dem Verlassen der Schützengräben; — man ruft: „Nie wieder Wahl!“, — und läßt dem Gegner das Feld. Das bedeutet, daß man die mühselig eroberten Stellungen wieder dem Gegner, der Massenbewehrung, überläßt. Des können wir mit fastharen Überzeugungen: Fremdberrschaft oder Diktatur des Proletariats, befehlen.

Wenn auch vor unletzen Augen der gefährliche Kampf von Parteien im Parlament den Staat ohnmächtig macht, so dürfen wir doch nicht die Folgerung ziehen, das politische Leben überhaupt zu vernichten, — am wenigsten, das der eigenen Partei.

Sondern: der Parteilichkeit auf der Rechten soll und wird gesund werden, wenn er eine große Aufgabe steht. Parteien, die sich nicht in den Dienst einer großen Staatspolitischen Idee stellen, sondern dem niedrigen Parteilichkeit und Schlingel an Staat und Volk. Aber die große Aufgabe ist da. Die Parteien der Rechten werden sich vereinen zum Dienst am Staate. Die große nationale Rechtskoalition wird in Erscheinung treten, wenn ihr die unausweichliche Staatspolitische Aufgabe gestellt ist.

Der Fehler unseres Verfassungswesens liegt in dem schrankenlosen Absolutismus des Reichstages. Der Reichstag ist unumhänkter Souverän, bis zu dem Tage, wo er zur Wiederwahl nach Hause geschickt wird, und dann ist er so neuem. Dieser Souveränität steht die Reichsregierung ein. Das ganze Kabinett, sowie jeder Minister einzeln ist durch den § 54 an sein Wohlwollen gebunden. Neben Worten sind die verantwortlichen Herren unsicher, ob ihr launenhaftes Souverän nicht bis zum Abend einen oder alle weggejagt hat. Diese Männer, die Deutschland regieren sollen, stehen auf einem Großfelsen, der jeden Augenblick auseinanderlaufen kann; — die Willensschwäche des Reichstages sind wie runde Felsen, die jedem Druck ausweichen. Wäre es für das schmerzliche Amt des Reichstages nicht besser, eine feste Standfläche zu haben?

Was ist zu tun?

Es braucht nur eine kleine Änderung mit dem § 54 vorgenommen zu werden. Dadurch entsteht eine Angleichung der Weimarer Verfassung an die Bismarcksche. Lassen wir einmal unsere Gedanken befehlen. Schreiben wir nicht gleich wieder ein neues Opus „Verfassung“. Nehmen wir uns das Beispiel der Engländer zu, welche keine geschriebene Verfassung haben. Bei einer Verfassung kommt es auf den Gebrauch an. Früher war also einen anderen Gebrauch ein. Beraten lassen wir den Reichstag, einige seiner Vollmachten abzugeben an den Reichsobersten. Bezogen wird die Einsetzung der Gerichte in den Reichstag.

Das Auto „Reichsregierung“ braucht zu seiner Fahrt den kostbaren Kraftstoff „Vertrauen“. Aber wo soll die Pumpsation sein? Im Reichstag oder im Reichsrat? Der Autokrat Herr. Ford legt einmal, daß er nie eine Erfindung zur Disposition und in den Gebrauch des Weltlums hinauszugehen habe, die sie nicht so durchzuführen war, daß die Maschine auch bei unvorhergesehenen Schäden nicht aussetzt.

wenden konnte, oder in Festgebande gefest werden konnte. Er nannte das eine „liberale“ Politik. Wir wissen, daß unsere jetzige Reichsverfassung noch nicht als genügend demokratisch bezeichnet werden kann. Mit solcher Staatsmaschine außerordentliche Fortschritte auf hoher See machen, ist gefährlich.

Es ist an der Zeit, daß sich die großen Parteien der nationalen Rechte mit diesem Problem beschäftigen. Hier ist die Aufgabe, die sie sind, — die sie gemeinsam anpacken und zum politischen Inhalt der nächsten Jahre machen müssen. Wenn das nicht geschieht, so werden sich gewalttätige Störungen einstellen, die uns nicht gefallen. Sogar doch schon drohen!

„Die meisten Menschen können einem Gesetz, das auf Anwendung der Dinge abzielt, niemals zu, wenn die Notwendigkeit nicht offenbar ist. Da diese Notwendigkeit sich nur in Zeiten der Gefahr einstellt, geht der Staat leicht zugrunde, bevor er seine Vollkommenheit erreicht hat.“

Aus dem Reichstage.

Annahme des Automobilsteuergesetzes.
Die Ablehnung des Gemeindebestimmungsrechtes.

Im Reichstag wurde heute zunächst ohne Debatte in zweiter und dritter Beratung das Automobilsteuergesetz nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen. Der Ausschuss hat die Vorlage dahin geändert, daß für Kleinfahrer die Steuer nur 10 Mark statt 20 Mark betragen soll.

Die Steuer beträgt für Kraftfahrzeuge jährlich für jede halbe Pferdewelle oder einen Teil einer halben Pferdewelle 10 Mark, für Personenkraftwagen mit Ausnahme der Kraftomnibusse für jede Pferdewelle von den ersten 10 Pferdewellen 20 Mark, von den nächsten 10 Mark und von weiteren Pferdewellen 30 Mark. Kraftomnibusse und Lastkraftwagen zahlen für je 200 Kilogramm Eigengewicht 30 Mark, und für je 1000 Kilogramm, von dem Eigengewicht ab, 200 Kilogramm 20 Mark. Elektrische oder mit Dampf angetriebene Kraftfahrzeuge zahlen unter denselben Bedingungen nur 15 bis 10 Mark.

Dann wurde die Debatte über Befähigung des Alkoholmißbrauches, und über das von den Sozialdemokraten und Kommunisten beantragte Gemeindebestimmungsrecht im Gangan. In dem ersten Teil der Abstimmung soll erst am Dienstag stattfinden, aber es läßt sich jetzt schon die Ablehnung des Gemeindebestimmungsrechtes prognostizieren. Abg. Dietrich-Baden, gab für die Ablehnung des demokratischen Fraktion die Erklärung ab, daß sie gegen das Gemeindebestimmungsrecht stimmen werde. Abg. Rauch für die Liberale Volkspartei, Abg. Krollitz für die Wirtschaftliche Vereinigung, Abg. Andre für die Zentrumspartei und Abg. Kube für die Sozialdemokraten und Kommunisten und kleine Minderheiten aus den Reihen der Deutschnationalen, des Zentrums und der Demokraten dafür stimmen werden.

Einige waren dagegen auch Kieber in der Forderung einer Verlesung der Gesetze über die Schenkungsgesetzgebung um Schutz der Jugend und zur Befestigung des Alkoholmißbrauchs.

In der Dienstagssitzung kommt die mit einem Mißtrauensantrag verbundene sozialdemokratische Interpellation über den Fliegerkrieg zur Beratung.

Der bisherige Führer der „nationalen“ Armee Cignas, General Fong, ist in Moskau eingetroffen und wurde von der Sowjetregierung und Tausenden von Zuschauern feierlich empfangen.

Londoner Streikbilder.

(Von unserem Londoner Vertreter.)

Ein Streik ist eine ernste Sache, aber er hat auch seine humoristische Seite. Autoritätlich wird zum Beispiel das Angebot von Bechteln aller Art, die der Streik aus Gott weiß wech den Verkehr an's a ist h, d hat. Das alte „Banion Cab“ hat eine glorreiche Aufwertung erlebt, die weitreichende Verbedrohungen mit dem Ausfuhr hoch auf seinem Sitz hinter dem Fahrgast. Man glaubt sich 25 Jahre zurückvertrieben, und alt und verkleinert wie die „Banions“ und die No inanten die in sie eingepaßt sind, und die Ausfuhr hinter auf dem Bod. Woher in aller Welt kommen diese ehrwürdigen Jungen der Bergangehen bei einmal zurück in die Straßen von London? Hat ein kulturhistorisches Museum sie losgelassen? Wo haben diese Gänge im letzten Vierteljahrhundert ihr Dasein gefehlt? Hinter ihnen, vor ihnen, rechts und links von ihnen dröht das „Toff Toff“ ungeduldiger Supen, aber die brauen Veteranen wissen nicht, was es damit auf sich hat, und wenn sie es wissen, würde ihre Konstitution ihnen nicht erlauben, der drohenden Ausforderung Folge zu leisten. Und die Ausfuhr! Diese altertrauen „Cabs“ haben nicht, als die „Banion Cabs“ noch fastlambel und die Autos nach Sehenswürdigkeiten waren, reiche Utöherren, Offiziere und Diplomaten gefahren und fanden zu der Aristokratie des Landes in einem fast vertraulichen Verhältnis. Einer von ihnen, Old Bill, bis gelieren Schrittmenschenläufer mit Biechlein, erhalte noch leben. Der es wissen will, wie er einmal den Schenard zum Fahrgast hat und wie der Herrscher ihn außer einem handelsgemäßen Trinkgeld den Zug gab, auf „Wetter“ in der Grand National

Der Kampf um die Volksbildung.

Der Preussische Landtag jetzt geltend die zweite Beratung des Kultusgesetzes fort.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.) empfiehlt die Annahme der für diesen Abschnitt vorgelegten mehr als 30 Anträge. Die Anträge betreffen u. a. Befreiung für berufliche Mittels- und Volksschulen, Professoren für Grenz- und Auslandsberufstätige, Entgelt für die Unterhaltung der Hochschule für Politik, möglichst von nächsten Jahre ab Einrichtung eines stehenden Lehrinstituts an je einer Universität für die katholische und die evangelische Kirche, Zusammenwirken der wissenschaftlichen Forschungsanstalten, Mittel für eine pädagogische Professur in Bonn, Kiel sowie einer Universität des Ostens.

Erweiterungswünsche liegen vor für die Universitäten Baden, Berlin, Bonn, Breslau, Göttingen, Kiel, Königsberg, Münster sowie für die Technische Hochschule in Hannover und das Historische Institut in Rom. Der Wunsch für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft soll einmally um 100 000 Mark erhöht werden.

Die Unterweisung erweist am Freitags, ab sei der Beschäftigung akademischer Beschäftigter mit akademischen Lehrern von der Einhaltung der Altersgrenze abgesehen werden kann.

Abg. Deize (Dn.) begründet als Mitberichter-statter die Ausfuhranträge für die höheren Lehranstalten und das Turnwesen. Es werden darin Verbesserungen für Studienräte und Studienrätinnen, Altersvorsorgeeinrichtungen auch für Privatlehrer und -lehrerinnen sowie bessere Ausbildung der Turnlehrer und -lehrerinnen verlangt.

Ministerialdirektor Raefner beantwortet eine große Anfrage über die Aufstellung der privaten Vorkursen. Die Aufstellung nach dem neuen Wortlaut des Gesetzes höchsten noch ein Aufschub der Aufstellung dieser privaten Vorkursen bis zu Beginn des Schuljahres 1930 möglich sei. Der Staatsrat habe gegen die nachgehenden Richtlinien des Grundschulgesetzes, die einheitlich für das gesamte Reichsgelbes gelten, keine Bedenken erhoben. Die Inhaber der privaten Vorkursen hätten neun Jahre Zeit für ihre Umstellung. Der von den

Deutschnationalen beantragten Verlängerung der Frist für die Aufstellung privater Vorkursen bis 1935/36 könne nach Ansicht des Staatsministeriums nicht inpropon werden. (Schluß links.)

In der allgemeinen Besprechung fordert Abg. Welschmann (Dn.) bezüglich des Arbeitsunterrichts an den höheren Schulen eine Klärung des bestehenden verworrenen Zustandes. Da die privaten Vorkursen wesentlich geringere Zuschüsse als die staatlichen brauchen, müßten sie schon aus Erparnisgründen beibehalten werden. Die Deutschnationalen wünschen Erziehung zum beruflichen Volkstum. Will man mehr Vorkursverpflichtung, dann muß zunächst einmal der Schenkvertrag von Versailles beseitigt und die schwarzen und weißen Franzosen dem deutschen Gebiete entfernt werden. (Leb. Beifall rechts.) Die Forderung der Vorkurspflicht von 1918, des Schwarz-Rot-Gold des großdeutschen Gebiets, hat mit dem Schwarz-Rot-Gold von heute nichts zu tun. Wir vermehren uns gegen diese demokratische Geschichtsfälschung.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.) betont, die höheren Schulen seien von der Steuerkraft des ganzen Volkes getragen. Deshalb müßte auch der Wille des Volkes bei der Befestigung der Stellen zum Ausdruck kommen. Angehends der Erhöhung des Schulgebüdes müßten die Erleichterungen noch vermehrt werden.

Abg. Frau Thöne (DVP.) begrüßt die Richtlinien für die höheren Schulen, verlangt Festsetzung der Klassenfrequenz auch auf den höheren Schulen und kritisiert die mangelhafte Ausbildung des Lehrermaterials.

Abg. Frau Dr. Rauesner (Dem.) fordert mehr Pflege der fremden Sprachen, besonders des Französischen, in den höheren Schulen. Erforderlich sei aber eine gute Pflege der Muttersprache auch in Deutschland. Jede Hebe in den Schulen muß grundsätzlich aufbauen.

Abg. Danie (Nstl.) erklärt, der Gelbmangel für die höheren Schulen sei eine Folge der Steuerpolitik Erbergers und der Erfüllungspolitik. Die Erhöhung des Schulgebüdes sei kulturfeindlich.

Abg. Schwanf. Dberhausen (Wirtsch. Bg.) verlangt für die Privatvorkursen Konzeptionen

in den Fällen, wo es an öffentlichen Schulen mangelte.

Minister Dr. Reber führt aus, daß für die höheren Schulen im Mittelpunkt unserer geistigen Bildungsaufbau stehen. Das ist die Aufgabe der höheren Schule in ihrer Gesamtheit durchzuführen. Der Pädagogenstand spricht er für die Durchführung der Reformen seinen aufrichtigen Dant aus.

Die Frage der Ausbildung der Pädagogen muß mit den Hochschullehrern zusammen beraten werden. Der Minister weist die Kritik des Abg. Welschmann an den Reformen des höheren Schulwesens und besonders die Begebenheiten unter der Hand der Sozialdemokraten und Kommunisten, Trennung der Mädchen und Knaben beim Turnunterricht vor.

Abg. Frau W. Frank (Ztr.) verweist auf den im Ausschuss angenommenen Zentrumsantrag, der die Aufstellung der privaten Vorkursen solange hinauschieben will, bis ein Gesetz zur Einführung ihrer Bezieher vorliegt.

Abg. Dr. Steffens (DVP.) fordert für Schulgebüdermächtigungen und -erlös die Bereitstellung eines größeren Prozentsatzes. Große Aufmerksamkeit erfordert die Ausbildung der Jugend.

Abg. Dr. Steffens (DVP.) fordert für Schulgebüdermächtigungen und -erlös die Bereitstellung eines größeren Prozentsatzes. Große Aufmerksamkeit erfordert die Ausbildung der Jugend.

Abg. Dr. Steffens (DVP.) fordert für Schulgebüdermächtigungen und -erlös die Bereitstellung eines größeren Prozentsatzes. Große Aufmerksamkeit erfordert die Ausbildung der Jugend.

Weiterberatung am Dienstag.

Der April-Bericht des Generalagenten.

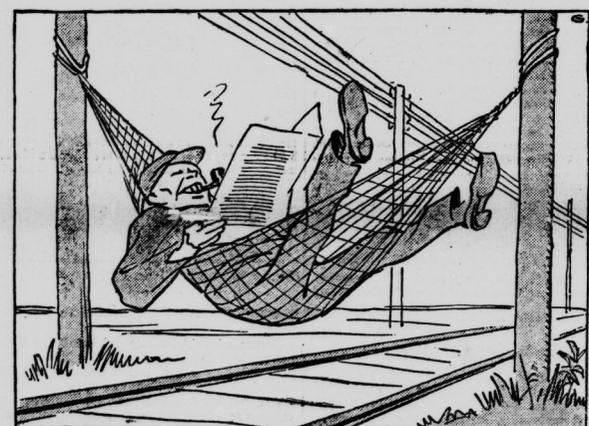
Die Monatsübersicht des Generalagenten für Reparationsleistungen verzeichnet für April Gesamtmaßnahmen in Höhe von 132 572 285,36 Goldmark. Die Einmalmaßnahmen für die ersten acht Monate des zweiten Reparationsjahres betragen einschließlich des Barbestandes von Ende August 1925 insgesamt

642 235 995,68 Goldmark.

Unter den Aprilmaßnahmen befindet sich ein Posten aus dem Reichshaushalt von 20 Millionen, die Leistung der Reichsbanken von 50 Millionen, der Ertrag aus der Verzinsung der Anleiheobligationen mit 62 500 000 Goldmark. Verzeichnet sind u. a. an Befahrungskosten 3 101 384,63 Goldmark, an Sachlieferungen 57 316 133,44 Goldmark. In Zahlungen im April sind in den ersten acht Monaten des zweiten Reparationsjahres sind u. a. ausgewiesen:

für Frankreich 42,7 Millionen (330,6 Millionen), für England 20,3 Millionen (144,4 Millionen), für Italien 5,6 Millionen (48,4 Millionen) und für Belgien 9,5 Millionen (75,6 Millionen).

Wir haben unfer geamten Kriegskosten, die höher sind als die jenen anderen Landes, alleit tragen müssen, haben unfer geamtes Auslandsvermögen verloren und unmittelbar nach dem Waffenstillstand für über 50 Milliarden Werte abliefern müssen, haben unfer reichsten Gebiete verloren, haben die größte Zahl der Arbeitslosen und müssen das Vielesafes zahlen, was das Reich durch den Krieg über England zahlen. Das nennen die Militären und unsere Vorkurspolitiker — dann „Gleichberechtigung“!



Duol von Generalstreik in England.

Steeplechase zu wetten, und wie er das Trinkgeld in diesem Sinne anlegte und sich mit dem Gewinn ein neues Rob kaufte. Ja, wobei, so fand es damals in die Londoner Hanfons-Ausfuhr.

Ich mache eine Studienfahrt in einem Begegnung von unheimlicher Bestimmung. In London hat sich der Streik nicht in einer Reihe von Wägen, die alle dem gleichen Zweck dienen: der Beförderung von Einzelnen zur City. Die Gefährte sind verstreut in Größe, Form und Bauart, aber alle ist eines gemeinsam, sie haben Räder, sie fahren, und sie fahren zur City. Neun Uhr morgens. Mein Wägen ist eine Affäre mit mechanischem Antrieb; eine Art Ziele auf Rädern, vom ein Ausfuhrschiff, hinten offen, zu beiden Seiten Wände, darüber ein Wägen ein Segel. Zur Steigung, Rostentwurf: „Fahrweg nach Belieben.“ Nun, dagegen ist nichts einzuwenden. In zwei Minuten sind alle Plätze vergriffen.

Eine bunte Gesellschaft. Ein würdiger älterer Herr, offenbar in „gehobener Stellung“, ein junger Mann in „Morning Coat“ und Zolinder, anscheinend ein Banlangestellter, Gefährte, Lehrlinge, Tippistaleins und verschiedene andere, die sich nicht ohne weiteres identifizieren lassen. Alle fidel und ein wenig aufgeregt, denn die Fahrt zur City unter diesen Umständen ist eine angespannte Abwechslung von der grauen Routine des Alltags. Zuletzt steigt eine Dame ein. Jung, schön, hochbetitelt, zu gut für die City. Mit einem Anstand legt sie sich über die Situation nieder. Ich bin heiß empört. Die, dieses hohe Gefährde, gebildet, von einem Gainsborough gemalt zu werden, ist gezwungen, in einem für Räder über das festbestimmte Gefährde unter lächerlichen Bedingungen zur City zu reisen, um sich an eine Schreibe ohne zu leben und die Gefährde der Beurlaubung? Es ist nicht

fair! Das Gefährde ist ungerade! Führt sie es nicht selbst? Wahrscheinlich! Ein spöttisches Lächeln spielt fast unmerklich um die feinen Lippen. Aus den blauen Augen blinzelt es wie Tropf. Ihre unabhäuge Bodeit in den Augen ist mortuor.

Über die Fahrt geht los. Ein vöblicher Ruck! Die menschliche Frucht wird durcheinandergeworfen. Die Gainsborough-Dame ist dem würdigen älteren Herrn in offenbar gehobener Stellung unermittelt um der Hals, der feinersteits dem jungen Banlangestellten auf die Säulermägen tritt, der feinersteits dem Gefährten amrenpelt, der feinersteits ein Tippistalein beimah unrnirt. Das Tippistalein treibt auf, der Gefährte entschlüpfte sich lachend, der Banlangestellte mocht einen Witz, der Herr in gehobener Stellung schmunzelt. Und die hochbetitelt, spöttisch lächelnde, trockne Gainsborough-Dame, die dem Herrn in gehobener Stellung um den Hals gefassen hat, ficht, ficht, ficht und weiß sich vor Nichtern nicht zu lassen. Sie ficht noch immer, alle andere sich längst beruhigt haben. Ich ärgere mich über diese blöde Richerei. Sie ist stillendrig, und ich erlaube mich auf dem Gedanken: gefehlet der Gans recht, daß sie in einem Lastauto fährt und ideo Gefährtsbreite verunternstapelt muß.

Auf der langen Straße zur City bewegt sich die unterbrochene Reihe der Gefährten über die Räder: Elegante Automobil, unförmige Penkothalen, Verbedroht n Gemäßen und andere Gefährte. Von den Schwärmen von Fahradern neuen und älteren Modells bis zurück zum „Belosibeb“ mit mächtigem Vorder- und winzigem Hinterad. Unabsehbar rollt der Zug dahin. Ein Bild wie ein Verbrügel, wenn die unheimlichstehenden Menschen nach Epsilon hinausfahren, um das große Reuten zu sehen. Das die Räder sind, um dem

Ganzen das Gedräge einer Volksbestellung zu geben. Denn die Ginnmenschen sind alle fidel und guter Dinge und zu Scherzen aufgeleitet. Die Sache ist noch neu und macht Spaß. Ob die Freude anhalten wird, wenn nicht bald wieder normale Zustände eintreten, ist fraglich.

Hier und da gibt es Zwischenfälle auf dem Wege. Bei Godwin liegt ein Auto mit gebrochener Achse. Bei Remington ist ein großer Menschenauflauf, ohne daß man recht erfährt, was los ist. In der Old Kent Road steht ein brennender Omnibus, der sich aus dem Depot herausgewagt hatte und von Streikenden angezündet worden ist. Man fährt sichtlich gleichgültig vorüber. Und doch ein Ginnmenschen, die Schrift des Auftrags.

Hier und da gibt es Zwischenfälle auf dem Wege. Bei Godwin liegt ein Auto mit gebrochener Achse. Bei Remington ist ein großer Menschenauflauf, ohne daß man recht erfährt, was los ist. In der Old Kent Road steht ein brennender Omnibus, der sich aus dem Depot herausgewagt hatte und von Streikenden angezündet worden ist. Man fährt sichtlich gleichgültig vorüber. Und doch ein Ginnmenschen, die Schrift des Auftrags.

Hier und da gibt es Zwischenfälle auf dem Wege. Bei Godwin liegt ein Auto mit gebrochener Achse. Bei Remington ist ein großer Menschenauflauf, ohne daß man recht erfährt, was los ist. In der Old Kent Road steht ein brennender Omnibus, der sich aus dem Depot herausgewagt hatte und von Streikenden angezündet worden ist. Man fährt sichtlich gleichgültig vorüber. Und doch ein Ginnmenschen, die Schrift des Auftrags.

Hier und da gibt es Zwischenfälle auf dem Wege. Bei Godwin liegt ein Auto mit gebrochener Achse. Bei Remington ist ein großer Menschenauflauf, ohne daß man recht erfährt, was los ist. In der Old Kent Road steht ein brennender Omnibus, der sich aus dem Depot herausgewagt hatte und von Streikenden angezündet worden ist. Man fährt sichtlich gleichgültig vorüber. Und doch ein Ginnmenschen, die Schrift des Auftrags.